

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Stadt prüft Gewerbegebiet von 17 Hektar im Oberen Feld Scharfer Protest des BUND und des LNV – Droht eine Klage?

Das Obere Feld liegt zwischen der B 28 und dem Weggental auf der linken Seite des Autobahnzubringers, wenn man aus Rottenburg hinausfährt.

Seit 1998 hatte die Stadt den Standort immer wieder untersuchen lassen, zuletzt in den drei verschiedenen Versionen des Imakomm-Gutachtens von 2017. Dort erhielt das Gebiet mit 17 Hektar in der Bewertung weniger Punkte als das Galgenfeld und die Ähneshalde (direkt gegenüber dem Oberen Feld):

„Eine alleinige Entwicklung des Standortes Oberes Feld erscheint aufgrund der Größe der verfügbaren Fläche nicht zukunftsfähig.“

Deshalb plädiert Imakom für eine gemeinsame Entwicklung mit der Ähneshalde, deren Geländeform aber schwierig ist. Auf der Landkarte von Imakom ist das Obere Feld sogar als „Strategisch nicht weiter zu verfolgende Potenzialfläche“ eingezeichnet (Seite 109).

Jetzt soll das Büro Citiplan in Pfullingen die Tauglichkeit des Oberen Fel-

des für Gewerbe prüfen. Die Ergebnisse werden dem Gemeinderat vorgelegt, anschließend soll nach dem Willen von OB Neher ein Bürgerentscheid darüber stattfinden. Wie die Stadtverwaltung mitteilte, sind in Siebenlinden I und II noch 6,4 ha unbebaut und 4,8 ha untergenutzt, will heißen: sie werden als Parkplätze oder Lagerflächen missbraucht. 11,2 Hektar werden also nicht als Gewerbeflächen benutzt!

Bereits im Juni 2020 beschloss der Gemeinderat im Oberen Feld ein neues Wohngebiet mit 12,8 Hektar in vier Bauabschnitten, nachdem die Stadt die Gesamtfläche aufgekauft hatte. Der erste Bauabschnitt nördlich der Bischof

-Moser-Straße hat einen Planbereich von 2,6 ha und ist für 17 Baugrundstücke gedacht, auf denen 45-86 Wohneinheiten Platz haben sollen. Allein im Oberen Feld würden also rund 30 Hektar Boden neu versiegelt.

Eine weitere Flächenversiegelung findet gegenwärtig durch die Bundesstraße B28 neu zwischen Rottenburg und Tübingen statt. Auf Anfrage von Stadtrat Dr. Peter teilte das Regierungspräsidium Tübingen mit, dass für Fahrbahnen, Anschlüsse und Begleitwege rund 12 ha versiegelt werden. Hinzu kommen noch knapp 28 ha „Verkehrsgrün“ für Bankette, Böschungen und Restflächen. Für den Neubau B 28 neu wurden insgesamt 40 Hektar Fläche versiegelt, davon waren früher rund 23 ha landwirtschaftliche Nutzfläche! Darin ist noch nicht enthalten die Beseitigung des zweispurigen „Flaschenhalses“, der in Höhe der Firma Somfy beginnt und bis zur Abzweigung nach Seeborn reicht. Er soll wegen des LKW-Verkehrs auf 4,5 km dreispurig werden, Neher will spätestens 2023 einen Planfeststellungsbeschluss im Gemeinderat erreichen.

>>>



Foto: N. Kern

Und weiter: **S21 - 10 Jahre Schlichtung Seite 3**

Das Ärgernis: Schänzle-Umbau Seite 5

Landwirte kämpfen um ihre Existenz Seite 8

Wohnungsbau: WBR und Kreisbau investieren kräftig Seite 11



Klage droht

Gegen die Flächenversiegelung durch ein neues Gewerbegebiet auf dem Oberen Feld haben der BUND und der Landesnaturverband (LNV) im November scharf protestiert und Stadtverwaltung wie auch den Gemeinderat darauf hingewiesen, „dass eine Umsetzung dieser Planung bereits heute an aktuellen Gesetzesvorgaben scheitert. Sollte das Baugebiet dennoch weiter verfolgt werden, behält sich der BUND Rottenburg als klageberechtigte Partei eine entsprechende Klage gegen die Stadt Rottenburg am Neckar vor.“

“ Der BUND stützt sich dabei auf die Änderung des Naturschutzgesetzes durch den Landtag Baden-Württemberg vom Juli 2020. Darin ist der Erhalt von Streuobstwiesen enthalten. Daraus folgert der BUND: „Aktuell sind im geplanten Baugebiet (Oberes Feld) Streuobstwiesen mit einer Größe von ca. 3,2 ha (32.000 m²) enthalten.“

Außerdem ist das Gebiet ein wichtiger „Lebensraum für teilweise hochgradig gefährdete Vogel- und Fledermausarten, die auf der Roten Liste geführt werden.“ Weiter weisen die Verfasser des Protestschreibens auf die Bedeutung der Grundwasservorräte und der

Grundwasserneubildung im Planungsgebiet für die Quellen im Weggental hin:“ Diese Quellen sind bei einer Bebauung und der darauf folgenden Versiegelung stark gefährdet.“

Auf diesen Brief in der Gemeinderats-sitzung angesprochen, antwortete OB Neher, dass er darauf nicht eingehe,



sondern alles bei der Vorlage des Bebauungsplans diskutiert werde. Aber vorher gibt die Stadt erst einmal (wieder) viel Geld für ein Planungsbüro aus!

Gesamtplanung fehlt

17 ha für Gewerbe (Oberes Feld), 13 ha für Wohnbau (Oberes Feld) und 40 ha für Straßenbau (B28 neu) – das macht 70 ha und zeigt, dass die Flächenversiegelung nicht einzeln, son-

dern in ihrer Gesamtheit betrachtet werden muss. Denn Gewerbe bedingt den Straßenbau und die Wohnbebauung (Verminderung von Pendlern), oder umgekehrt. Deshalb hat die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie auch beschlossen, bis 2030 „nur“ noch 30 Fußballfelder pro Tag zu versiegeln, 2050 soll eine „Nullversiegelung“ verwirklicht werden.

Um dieses notwendige Ziel als Teil des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, bedarf es keiner wilden Versiegelung in jeder Kommune, sondern innerhalb des Landkreises und des Regionalverbandes Neckar-Alb einer Rahmenvereinbarung zwischen den Kommunen und Landkreisen, wie viele Hektar insgesamt noch für die drei Bereiche zur Verfügung stehen. Erst dann kann Nachhaltigkeit einen Sinn machen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Ergenzingen: Großer Unmut über unbearbeitete Bauanträge **Stadt muss Personal deutlich aufstocken**

Jedes Jahr fragt DIE LINKE im Gemeinderat, ob die Verwaltung ausreichend Personal für ihre gesamten Aufgaben hat. Schließlich haben sich die Investitionen in den letzten Jahren verdreifacht – ohne wesentlich mehr Personal im Hochoder Tiefbauamt. Die Stadtspitze kann keinen Personalmangel erkennen und OB Neher rühmt sich sogar, dass Rottenburg mit wenig Personal auskommt.

Durch eine Anfrage der Bürger für Ergenzingen (BfE) im Ortschaftsrat zeigt sich jetzt ein ganzes anderes Bild! Die Mehrheitsfraktion BfE hatte die Stadtverwaltung beauftragt, Ergenzingen vierteljährlich einen Bericht über die Bearbeitung von Bauanträgen

von privaten und gewerblichen Bauwilligen und mögliche Verzögerungen vorzulegen. Die Absicht ist, die Bauwilligen bei Problemen gezielter unterstützen zu können.

Von Seiten des Stadtplanungsamtes wurden zwei wesentliche Gründe für lange Verzögerungen mitgeteilt: Die Qualität der eingereichten Anträge von Bauherren, die oft nicht von Architekten bearbeitet wurden. Zweitens aber war im Sommer (wie lange?) von drei Stellen im zuständigen Amt nur eine HALBE Stelle besetzt.

Bereits im Frühjahr hat die Rathaus-spitze offensichtlich zur „Nachverfolgung“ von Corona-Infektionen Mitarbeiter aus dem Stadt-

planungsamt eingesetzt, anstatt die aufgelaufenen Bauanträge zu bearbeiten. Auch zukünftig habe das Amt keine personellen Ressourcen, um die Ortschaft regelmäßig über den Bearbeitungsstand zu informieren.

Wie bitte? Die Verwaltung steht im Dienst der Bürger*innen und muss dementsprechend mit genügend Personal besetzt sein. **DIE LINKE** wird deshalb eine Initiative starten, dass die Verwaltung im Interesse der Bürger*innen besser personell ausgestattet wird – Krankheiten, Elternzeit oder Corona darf keine Ausrede für Bauverzögerungen sein!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Stuttgart 21 – 10 Jahre Schlichtung

„Die Gegner hatten recht“.

Am 30. November 2020 jährte sich zum 10. Mal die sogenannte „Schlichtung“ zum Projekt Stuttgart 21. Das Aktionsbündnis gegen S21 stellt rückblickend fest: Der Schlichter Heiner Geißler hat damals mit riesigem Aufwand eine Blaupause für künftige Bemühungen geliefert, mittels simulierter Bürgerbeteiligung den Widerstand gegen Bauprojekte zu schwächen.

Nach zwei gescheiterten Versuchen der Deeskalation, Projektbefürworter und -gegner an einen Tisch zu bringen, schien die Ausgangslage günstig: Unmittelbar nach dem „Schwarzen Donnerstag“, dem brutalen Polizeieinsatz am 30. September 2010, war die Protestbewegung gegen Stuttgart 21 so präsent wie nie zuvor; an ihren Massendemonstrationen nahmen bis zu 100.000 Menschen teil, die Regierung um Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) war scharfer Kritik und Druck ausgesetzt. Und sie reagierte auch: Bereits einen Tag nach dem Polizeieinsatz erklärte die Landesregierung ihr Interesse an Gesprächen mit den Projektgegnern, um die aufgebrachte Stimmung und die verhärteten Fronten in geregelte Bahnen zu lenken.

Auch die Grünen im Stuttgarter Landtag unter ihrem damaligen Fraktionsvorsitzenden Winfried Kretschmann zeigten sich gesprächsbereit und schlugen bereitwillig das CDU-Mitglied Heiner Geißler als Schlichter vor. Die Schlichtung wurde als „demokratisches Experiment“ bezeichnet, da der Meinungsaustausch in öffentlichen Sitzungen ausgetragen und vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen übertragen wurde. Über neun Sitzungstage im November 2010 gaben rund 70 Sprecher in rund 65 Stunden Diskussionszeit gut 9900 Redebeiträge ab.

Zunächst einigten sich die Konfliktparteien auf einen Bau- und Vergabestopp, und Geißler versprach dann auch ganz im Sinne der Protestbewegung, dass im Rahmen eines Faktenchecks „alle Fakten auf den Tisch“ kommen sollten.

Schon damals wurde von den S21-Gegnern kritisiert, dass nicht der Kopfbahnhof zu wenig Leistung bringe, sondern die Zulaufstrecken. Und nun geben die Planer endlich zu, dass die Zuläufe zu knapp bemessen sind und planen zusätzliche Tunnel vom Umfang eines „zweiten Stuttgart 21“. Tra-

gischerweise aber für einen zu kleinen Tiefbahnhof, der die zusätzlichen Züge gar nicht in guter Umsteigequalität bewältigen kann.

Nach acht Runden Faktencheck präsentierte Heiner Geißler am 30.11.2010 seinen Schlichterspruch. Er hält es für



richtig, Stuttgart 21 fortzuführen, ein Kompromiss zwischen dem Tiefbahnhof „Stuttgart 21“ (S21) und einem „Kopfbahnhof 21“ (K21) sei nicht möglich. Berechtigte Kritikpunkte der Gegner müssten aber in die Planungen für S21 einbezogen werden. Ein Kompromiss sei aber „Stuttgart 21 Plus“ mit sieben Verbesserungsvorschlägen, darunter der Stresstest mit Nachweis einer 30-prozentigen Leistungssteigerung.

„Kopfbahnhof 21“ sei zwar eine durchaus attraktive Alternative, wenn auch mit konkreten Nachteilen, indem neben der ungeklärten Finanzierung auch keine ausreichenden Planungen und somit auch keine Planfeststellungen, d. h. Baugenehmigungen, vorliegen. Für „Stuttgart 21“ dagegen gibt es eine Baugenehmigung, was für die Deutsche Bahn AG gleichbedeutend mit einem Baurecht ist.

Bilanz nach 10 Jahren

Von vielen Politikern, wie z. B. von Ministerpräsident Kretschmann, wird heute eingeräumt:

„Die Gegner hatten recht“.

Das bestätigt sich auch, wenn man das damals von Befürworterseite Behauptete mit den Widersprüchen und Defiziten des Projekts vergleicht. Die zentrale Begründung, warum S21 dennoch weitergebaut werden sollte, war die schon vorher bekannte banale Aussage, dass die Bahn Baurecht habe. Aber wozu dann der wochenlange Fakten-Check? Diese Aussage war schon damals falsch und ist es auch heute noch: Ein Baurecht für sämtliche Projektabschnitte gab und gibt es nicht. Im

Gegenteil: Am Flughafen wird selbst von den Projekt-Befürwortern die gesamte Filderplanung infrage gestellt und inzwischen ein völlig neues zusätzliches Tunnelprojekt ins Gespräch gebracht.

In einem bilanzierenden Papier stellen die S21-Gegner der sogenannten Geißlerschen Schlichtung zu deren 10. Jahrestag ein verheerendes Zeugnis aus:

„Was ein erfolgversprechendes gesellschaftliches Experiment hätte werden können, wurde durch gezielte Faktenmanipulationen und nicht gehaltene bzw. gar nicht haltbare Versprechen zu einem Beispiel dafür, wie Bürgerbeteiligung nicht funktioniert.“

Das Einzige, was diese Veranstaltung in Verbindung mit dem folgenden Stresstest und der anschließenden Volksabstimmung wirklich erreicht habe, sei, dass ein Hindernis auf dem Weg zu einer Koalitionsregierung von SPD und Grünen 2011 aus dem Weg geräumt wurde und der Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 auf ihrem Höhepunkt die Spitze gebrochen wurde.

Es war klar, dass das Ergebnis der Schlichtung keine rechtliche, dafür aber eine psychologische und politische Bindung haben kann. Bürgerinitiativen, Politiker und Bahnvorstände hatten sich zusammengesetzt und miteinander geredet, wenn auch der Bahn-Vertreter Volker Kefer mit 'zig Falschaussagen und Täuschungen arbeitete, was dem eigentlichen Ziel einer Versachlichung und einer neuen Form unmittelbarer Demokratie entgegenwirkte.

Durch Schlichtung und Volksabstimmung fand das Projekt zwar vorübergehend mehr Zustimmung in der Bevölkerung, in den letzten Jahren machten sich jedoch zunehmend Zweifel bemerkbar.

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Appell zur Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln

Heike Hänsel MdB, 17. Dezember 2020

Die Tübinger Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel unterstützt den interfraktionellen Weihnachtsappell zur Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln. Insgesamt unterstützen 245 Bundestagsabgeordnete den Appell. Dazu erklärte die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Die Situation auf Lesbos und den anderen griechischen Inseln ist schlimmer denn je. Umso schändlicher ist es, dass die Bundesregierung bisher nicht einmal die Hälfte der zuge-sagten Anzahl an Geflüchteten von den Inseln nach Deutschland geholt hat, sondern stattdessen gestern Sammelabschiebungen trotz Corona-Pandemie durchgeführt hat. Ich unterstütze den interfraktionellen Weihnachtsappell von 245 Abgeordneten, mehr Menschen von den griechischen Inseln auf-zunehmen. Diese Lager sind nicht winterfest, sie müssen vollständig evaku-iert statt weiter ausgebaut werden, das wäre der beste Beitrag zu einer huma-nen EU-Flüchtlingspolitik!“

Weihnachtsappell für eine humanitäre Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln.

In der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 wurde das Flücht-lingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos durch einen Brand zerstört. Bereits zuvor war das Lager Moria über Jahre zum Symbol des Versagens europäischer Asylpolitik geworden: Zeitweise mussten über 20.000 Menschen in einem Camp ausharren, das für 3.000 Menschen ausgerichtet war. Die Versorgungs- und Hygiene-situation war katastrophal. Deutschland hat auf diese Situa-tion gemeinsam mit anderen europäischen Ländern re-agierte, Hilfsgüter entsandt und die Aufnahmezusage auf knapp 3.000 Menschen erhöht. Dennoch leben die Men-schen auch drei Monate nach dem Brand immer noch unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den griechischen Inseln oder auf dem Festland.

Die humanitäre Situation im neuen Übergangslager Kara Tepe ist laut übereinstimmenden Berichten von Menschen-rechtsorganisationen deutlich schlechter als im Camp Mo-ria: Die Unterkünfte sind nicht winterfest, immer noch gibt es keine ausreichende sanitäre Versorgung – Duschen und Toiletten fehlen vielfach. Gewaltsame Übergriffe auch gegen besonders Schutzbedürftige sind an der Tagesordnung. Unter diesen Bedingungen leiden besonders die vielen Kin-der.

Angesichts dieser Zustände kritisieren wir umso mehr, dass humane Aufnahmestrukturen wie das auf Lesbos betriebe-

ne Flüchtlingslager „PIKPA“ für besonders schutzbedürftige Menschen aufgelöst wurden.

Uns ist bewusst, dass nur ein gemeinsames Europäisches Asylsystem, das von echter europäischer Solidarität geprägt ist, die Asyl- und Migrationsfrage langfristig lösen kann. Diese europäische Lösung ist jedoch immer noch nicht in Sicht. Die begrüßenswerten Aufnahmen der Bundesregierung rei-chen noch nicht aus. **Deswegen fordern wir als Abgeord-nete des Deutschen Bundestages die Bundesregierung auf, sich für die Einhaltung menschen- und europarechtlicher Standards einzusetzen, die Aufnahme Geflüchteter von den griechischen Inseln in Deutschland zu beschleunigen und die Zusagen ange-sichts der Aufnahmebereitschaft in Bun-desländern, Städten und Gemeinden zu erhöhen.**

In Deutschland haben über 200 Kommu-nen sowie einzelne Bundesländer zuge-sagt, zusätzliche Geflüchtete aufzuneh-men. Diese Zusagen übersteigen die vom Bund koordinierte Aufnahme deutlich. Wir sehen die Bundesregierung in der Pflicht, den Kommunen und Ländern, die eine menschenrechtswürdige Unterbrin-gung ermöglichen können und wollen, eine Zusage für die Aufnahme zu ertei-len. Basierend auf den genannten Grün-den stellen wir folgende Forderungen an

die Bundesregierung:

- 1) Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene verstärkt für eine europäische Lösung einsetzen, die menschen- und europarechtlichen Standards entspricht.
- 2) Der Bundesinnenminister muss gemeinsam mit aufnah-mebereiten Ländern und Kommunen einen konstruktiven Weg für die zukünftige Aufnahme von Geflüchteten ansto-ßen und vorantreiben - auch über das bereits zugesagte Kontingent hinaus.
- 3) Die Bundesregierung muss – gerade in dieser Jahreszeit – die verstärkte Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland beschleunigen und sich gegenüber weiteren EU-Mit-gliedsstaaten dafür einsetzen, dass sie Schutzsuchende frei-willig aufnehmen.



**Flüchtlinge
schützen,
nicht ertrinken
lassen!**

DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de



Heike Hänsel, MdB
Stellvertretende Vorsitzende
der Fraktion **DIE LINKE**

Das Ärgernis: Schänzle-Umbau

Alpengebirgsbach und blaue Wanderlibelle

900.000 Euro wurden 2019 für die Einleitung des Mühlbaches in den Neckar als erster Teilbetrag der Schänzle-Umgestaltung in den Haushaltsplan eingestellt. Viele Spaziergänger fragen sich, was aktuell eigentlich außer dem Abholzen wunderschöner, stadtbildprägender Bäume geschieht. Denn sie sehen seit vielen Wochen nur zwei Arbeiter auf der großen Baustelle.

In Höhe der ehemaligen, häufig benutzten und jetzt zerstörten Boccia-Bahn befindet sich eine „Brücke“, von der nicht klar ist, ob sie nur der Unterbau für eine spätere Fußgängerbrücke ist oder so bleiben wird. Dann wäre sie für ältere Personen oder Eltern mit Kinderwagen sehr beschwerlich zu benutzen. Zu diesem Thema erreichten uns zwei Gastbeiträge, die die Stimmung vieler Rottenbürger*innen wiedergeben. (EP)

Gastbeitrag von Berthold Biesinger, Rottenburg:

Nach langer Zeit habe ich mal wieder die Baustelle im Schänzle besucht. Als alter Rottenburger, kenne ich den Weggentalbach auf seiner gesamten Länge aus meiner Kindheit. Ich bin Jahre 3km täglich entlang in die Schule gegangen. Das, was jetzt im Schänzle entsteht, hat mit dem Bach nichts zu tun. Sieht eher nach einem Gebirgsbach in den Alpen aus. Der Weggentalbach war in der Regel ein kleines Rinnsal, und hatte nur alle paar Jahre mal Hochwasser.

Ich sehe auch nirgends den Flächengewinn den Herr Weigel immer hervorhebt. Das erste Drittel des Schänzles ist nicht mehr nutzbar. Schlimmer ist noch das Auffüllen des Mühlbaches. Die Allee entlang der Gartenstraße wird wohl die nächsten Jahre verschwinden. Das hält kein Baum aus, wenn mit schwersten Gerät auf den Wurzeln verdichtet wird. Fühlt sich für die Bäume an, wie wenn je-



Foto: E. Peter

mand mit dem Auto über die Zehen fährt und das Stunden lang. Herr Weigel hat der Naturschutzbehörde versichert die Bäume zu sichern. An keinem Baum ist eine Sicherung zu sehen. Ich kann mir auch nicht vorstellen wie die 4 qm um die Bäume gesichert werden sollen.

Für mich will sich da die Rathaus-spitze ein Denkmal setzen und das auf Kosten der Bäume und des Steuerzahlers. Die Argumente Platzgewinn und Stromersparnis für die Fontänenpumpe sind einfach lächerlich. Einen Mehrwert durch bessere Zugänglichkeit sehe ich auch nicht.

Gastbeitrag von Christian Hörburger, Obernau



Foto: E. Peter

Dem Leserbrief von Berthold Biesinger in Sachen Kahlschlag und Denaturierung am Schänzle ist eigentlich nichts hinzuzufügen, doch übersieht der Autor so manches Detail. Zwar hat der Arbeitskreis Stadtbild bereits 2014 mit über 2000 namentlichen Unterschriften sich für die Pflege und den Erhalt des Schänzles ausgesprochen. Aber genau dieses Engagement machte die Stadt stutzig und ließ sie bedenken- und rücksichtslos die

Auffüllung des Mühlbaches und der künftigen Pumpstation verfolgen.

Man muss wissen, lieber Herr Biesinger, wo öffentliche Zuschüsse und Gelder für die Stadt Rottenburg winken, da wird immer gerodet, geholt und gleich dem blindwütigen Waldarbeiter die Ernte für die Pellet-Heizungen eingefahren.

Kommt hinzu, dass das wunderbare Gutachten (Forschungsarbeit aus dem allseits bekannten Think-Tank „Imakomm“) lobend über die künftige Ansiedlung der blauen Wander-Libelle (Libelle des Jahres 2021) am Mühlbach spricht.

Unter den ökologisch fantastischen Bedingungen ist auch mit der finalen Beheimatung des Seekopfadlers am Schänzle zu rechnen, der die Nishikigoi-Schwärme (kurz: Koi genannt) auf natürliche Weise bei ausufernder Population begrenzen soll. Also alles im Grünen Bereich, lieber Herr Biesinger!

PS.

Natürlich ließe sich in diesem Zusammenhang auch einmal über die seit dem 20. April 2020 anberaumten Felsforschungsarbeiten beim Preußischen an der Niedernauerstraße sinnieren, die einseitige Straßensperrung also, ohne geologischen und verkehrstechnischen Sinn und Verstand. **Aber schon Richard Wagner sagte: Deutschsein heißt eine Sache um ihrer selbst willen tun.** (Das gilt übrigens auch beim Kampf gegen Corona.)



Maschinenbauer MAG IAS bleibt in Rottenburg

Großer Protesterfolg von Belegschaft und Gewerkschaft

Rechtzeitig zum Weihnachtsfest kam die frohe Botschaft: MAG IAS wird nicht nach Kecskemet/Ungarn verlegt, sondern bleibt in Rottenburg.

Der Automobilzulieferer mit Stammsitz in Eislingen, der zum Mischkonzern FFG Europe & Americas (Hauptsitz Taiwan) gehört, bleibt am Standort Rottenburg erhalten. Dabei hatten die 130 Beschäftigten, darunter 15 Auszubildende, die Standorterhaltung mit Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis Ende 2022 durch unbezahlte Überstunden schon längst erkaufte. Deshalb waren der Schock und der anschließende Protest über die angekündigte Standortverlagerung umso größer!

Starke Unterstützung erhielten die Rottenburger Beschäftigten von der IG Metall zwischen Sindelfingen und Reutlingen-Tübingen: Am gewerkschaftlichen „Band der menschlichen Solidarität“ beteilig-



Fotos: E. Peter



ten sich Abordnungen vom Bosch-Werk Reutlingen, vom Siemens-Werk Kilchberg, vom Daimler-Werk Sindelfingen, vom Maschinenbauer Kion in Reutlingen-Mittelstadt und Beschäftigte von Somfy und von den Stadtwerken in Rottenburg.

Der Rottenburger Betriebsratschef Firmin Mauch freute sich riesig: „Die gelebte Solidarität hier in der Region gibt uns ordentlich Rückenwind.“ Solidaritätserklärungen überbrachten Dorothe Klische-Behnke (SPD) und Stadtrat Emanuel Peter (**DIE LINKE**).

Bereits am 24. September hatte es eine erste Menschenkette gegeben. Dies

brachte auch Martin Rosemann (SPD) und OB Neher dazu, sich für den Erhalt des Betriebes einzusetzen, der unter verschiedenen Namen eine fast 60 Jahre lange Tradition in Rottenburg mit diversen Besitzern vorweisen kann.

Schon vor Beginn der Corona-Pandemie war ein großer Teil der Belegschaft in Kurzarbeit, so dass

die IG Metall jetzt ein Rettungskonzept zum Erhalt des Betriebes vorlegen konnte. Darüber wird im neuen Jahr zwischen Geschäftsleitung, IG Metall und Betriebsrat weiterverhandelt, so Tanja Nitschke vom IG Metall-Bezirksvorstand. Dabei geht es darum, den Automobilzulieferer vom Verbrennungsmotor unabhängig zu machen.

DIE LINKE unterstützt den Kampf der Belegschaft, der für viele Familien und für Rottenburg von großer Bedeutung ist!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Kurz und bündig

12 Euro Mindestlohn jetzt

Zum 1. Januar 2021 ist der Mindestlohn um ganze 15 Cent auf unglaubliche 9,50 gestiegen. Erst 2022 soll er 10,45 Euro erreichen. Angesichts dieser Blamage für Arbeitsminister Heil (SPD) fordert Ver.di-Chef Franz Werneke eine Abkehr von diesen Trippelschritten und eine sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Der DGB kritisierte, dass zahlreiche Unternehmer den Mindestlohn umgehen, und forderte schärfere Kontrollen. (EP)

Kurz und bündig

Regionalflughäfen verschlingen Milliarden

Unbeirrt setzt der Verkehrsminister seine beSCHEUERte Verkehrspolitik fort. Nichts hat er aus seinem Maut-Debakel gelernt, sondern lässt jetzt für LKWs die Autobahnen statt die Schienen elektrifizieren. Sein Projekt, eine Milliarde für die bankrotten Regionalflughäfen zu erhalten, ist erst einmal gescheitert. Denn die Hälfte der 17 regionalen Airports ist überflüssig, die Passierzahlen sind 2020 um 80 Prozent eingebrochen. Kommunen und Landesregierungen sollten für die Hälfte der Subvention aufkommen. „Allein 2018 sind 100 Millionen Euro Steuergeld in die Regionalflughäfen geflossen“, so Warneke (Bund der Steuerzahler). Auch von Ökologie hat der bayrische Selbstdarsteller noch nie gehört. Wie üblich war Scheuer im Berliner Spitzengespräch unfähig, einen Plan mit konkreten Zahlen für sein Projekt vorzulegen. (EP)

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Besser im Seniorenheim als in Auslandseinsätzen

Man muss nicht mit allem, was und wie Herr Koebnik im Schwäbischen Tagblatt/Rottenburger Post kommentiert, einverstanden sein. Es ist auch nicht die Aufgabe eines Redakteurs, das zu schreiben, was allen Lesern gefällt. Ganz im Gegenteil. In Leserbriefen blies Herr Koebnik reichlich Gegenwind ins Gesicht. Was ist geschehen?

In einem Kommentar (Rottenburger Post 13.01.2021) verknüpft er den Pflegenotstand mit dem Einsatz von Soldaten in Seniorenheimen. „Bundeswehr und Verteidigungsministerium sind freilich dankbar für jede Möglichkeit das Image der Truppe aufzupolieren.“ Laut Umfragen, würden die meisten Deutschen Militäreinsätze weiter ablehnen. Es gehe bei den Einsätzen nicht nur um Freiheit und Demokratie, sondern auch um geopolitische und ökonomische Interessen, um Sicherung offener Handelswege und Zugang zu Rohstoffen.

Um sich positiv darzustellen, werbe die Bundeswehr mit Plakataktionen, mit actionsgeladene Werbefilmchen. „Spritzendes Blut und zerfetzte Leichensind nicht zu sehen.“ Bei Berufsinformationstagen präsentiere sich die Armee Jugendlichen gegenüber gerne als ganz normaler Arbeitgeber. (Siehe dazu unten: Kurz und bündig) „Viel genützt hat's bisher nicht.“ Die Bundeswehr musste sich in der jetzigen Krise (Meine Anmerkung: Krise auch der Bundeswehr) nicht lange bitten

lassen. „Pflegerbedürftigen Menschen das Essen an den Tisch bringen: Das ergibt schöne Bilder.“

„Während man die Abschaffung der Todesstrafe als zivilisatorische Errungenschaft feiert, ist das Töten feindlicher Kämpfer samt ziviler „Kollateralschäden“ nicht nur legal, sondern gilt den Regierenden auch als legitim.“

Philipp Koebnik

Er kritisiere nicht das individuelle Engagement von Soldaten. Ihre Hilfe scheine dort sehr willkommen. „Aber weder muss man sie deswegen als Helden feiern, noch die schleichende Normalisierung des Militärischen hinnehmen.“

Ich finde den Text von Herrn Koebnik weder wirt, noch fehle ihm der rote Faden, noch für respektlos. Da wollte ein Professor aus Pliezhausen in einem Leserbrief (SWP 15.01.2021) wohl sein Mütchen kühlen. Ich wäre stolz - als einer der „schuldigen“ Achtundsechzigerlehrer - wenn so ein Kommentar von einem meiner Schüler käme. Ich finde eher seinen Leserbrief als despektierlich und arrogant. „Contentance, Contenance, Herr Professor!“

Die Bundeswehr kann als Stille Reserve für den Arbeitsmarkt bezeichnet werde, denn wenn sie in Arbeitsämtern, bei Impfzentren und in Pflegeheimen

arbeiten, wurden sie für den Arbeitsmarkt rekrutiert. Da sie ihre Arbeit in Uniform tun, belegt es die Aussage, von einer schleichenden Normalisierung des Militärischen. Aber etwas Gutes hat die Aktion: Arbeitende in Uniform weisen eindeutig auf eine von der Politik zu verantwortende Mangelsituation hin. „Was tun denn Soldaten hier? Sind wir wieder im Krieg?“

Koebniks Kommentar ist kein parteipolitisch tiefender Kommentar und in diesem Falle bestimmt kein dürftiger Journalismus. Die Bundeswehr gehe dorthin, wo die Demokratie/das Volk (!) sie haben will, ist den Umfragen glaubend wohl ein gewaltiger Irrtum. (Leserbriefe 16.01.2021)

Wenn sich die Bundeswehr als normaler Arbeitgeber darstellen möchte, dann ist ihm nicht vorzuwerfen, dass dieser Arbeitgeber an seinem fragwürdigen Image arbeitet. Covid-19 bietet ein ideale Plattform dies zu tun. Was wäre da geeigneter, als Amtshilfe unter dem Motto „Helfende Hände“. An der Front im Altenheim und im Gesundheitsamt, bewaffnet mit Bleistift, Computertastatur und Telefon wäre doch einen Orden wert für besonderen Mut im humanitären Einsatz. Und für die Rückverfolgung könnte gelten: Woher kommt der Feind? Wohin flieht der Feind?

Norbert Kern, Wendelsheim



Kurz und bündig

Weniger Minderjährige bei der Bundeswehr

2020 sind 1 148 Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr eingestellt worden. Sie waren bei Dienstantritt noch keine 18 Jahre - also minderjährig. Gegenüber 2019 war es nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums ein Drittel weniger. Ist das ein Grund zur Genugtuung? (Ke)

Werkverträge und Leiharbeit verboten

Mit medienwirksamen Auftritten hat die Regierung ab 1. Januar 2021 ein Verbot für Leiharbeit und Werkverträge für die Fleischkonzerne verkündet. Allerdings gibt es mal wieder „Schweizer Käse“, d.h. zahlreiche Ausnahmen für die „Mittelständler“: Leiharbeit wird für die Grillsaison wegen „Auftragsspitzen“ weiter zugelassen. Damit können Tönnies und CoKG prima leben! (EP)

Ganztagsunterricht durchgesetzt

Kultusministerin Eisenmann – CDU-Spitzenkandidatin für die Landtagswahlen – musste ihre monatelange Blockade von 3,5 Milliarden der Bundesregierung für 16 Bundesländer aufgeben. Ab 2025 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf diese Ganztagsbetreuung. Doch weil die CDU-Hardlinerin und Sympathisantin von Friedrich Merz eine Kontrolle der kommunalen Angebote durch die Landesregierung verhindern will (in Baden-Württemberg rund 240.000 Grundschüler oder 57 Prozent von ihnen) weigerte sie sich. Der wirkliche Grund: Sollte die Landesregierung die Kontrolle darüber haben, müsste sie in Zukunft auch zahlen! (EP)

Landwirte kämpfen bundesweit um ihre Existenz

Gastbeitrag von Erwin Raible, Ergenzingen

Seit Monaten kommt es immer wieder zu Aktionen erboster Landwirte gegen Lebensmittelkonzerne, Düngemittelverordnungen der Bundesregierung und die Agrarpolitik der EU, die nur die großindustriellen Agrarbetriebe schützt.

Hier wird eine Schlacht geschlagen, die sich gegen gesunde Ernährung der Verbraucher, eine nachhaltige Landwirtschaft und gegen den Schutz der Natur richtet. Im Interesse geringer Lohnkosten soll die Landwirtschaft „effektiv“, d.h. Billigware, liefern. Dazu erreichte uns ein interessanter Gastbeitrag des engagierten Landwirts Erwin Raible aus Ergenzingen, der interessante Hintergründe aufdeckt.

Aldi, Lidl, Netto

Oder: Warum Bauern die Auslieferungslager des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) blockieren?

Seit Oktober 2019 sieht man sie immer wieder, Bauern mit ihren Schleppern, gehäuft in Städten oder wie im November 2019 vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Sie finden sich zusammen, um gegen die aktuelle Landwirtschaftspolitik der EU, der Bundesregierung und gegen Preisdumping der Handelsketten zu protestieren.

Warum tun sie das?

Die Bauern fühlen sich von der Bevölkerung zunehmend in ein falsches Licht gerückt, angetrieben von NABU, BUND und anderen, die eine Bilderbuch-Landwirtschaft fordern. Immer höhere Auflagen seitens der Politik und den Behörden kommen auf sie zu. Und als ob dies nicht schon reichen würde, drohen Lebensmittelkonzerne regelmäßig damit, den Bauern die Produkte nur zu Weltmarktpreisen oder darunter abzukaufen, um sie dann in ihren Regalen billigst anbieten zu können.

Aus diesem Grund hat sich im September 2019 der lose Zusammenschluss vieler Bauern unter dem Namen „*Land schafft Verbindung - Wir bitten zu Tisch*“ (LsV) gebildet.

Das „*Wir bitten zu Tisch*“ bezog sich darauf, alle Teilnehmer der Lebensmittelherstellung (Erzeuger, Verarbeiter, Export-Importhandel, Lebensmitteleinzelhandel, politische Entscheidungsträ-

ger und natürlich auch den Verbraucher) an einen Tisch zu bringen und nach Lösungen zu suchen. Dies, um



gemeinsam die Zukunft festzulegen, die Kosten dafür zu ermitteln und das Erzeugerpreisniveau neu zu justieren.

Nur so kann eine dauerhaft tragfähige, heimische Nahrungsmittel-Urproduktion gesichert und der Platz der Bauern in der Gesellschaft, weg vom Image des Tierquälers und Umweltzerstörers, in einem gemeinsamen Konsens neu gesetzt werden.

Deutscher Bauernverband

Gibt es dafür nicht den mächtigen Bauernverband als Interessenvertretung der Bauern? Das fragen sich gerade auch viele Bauern, wessen Interessen der Deutsche Bauernverband (DBV) eigentlich vertritt! Die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe scheinen es beim genaueren Hinsehen *nicht* zu sein. Wäre der DBV für seine bäuerlichen Mitglieder spürbar da, wären wohl Gruppierungen wie der LsV nie gegründet worden.

Das Präsidium des DBV vertritt leider immer noch die Meinung, die deutschen Bauern müssten für den Weltmarkt produzieren können. Dies ist jedoch eine Fehleinschätzung, denn in Wahrheit reichen die in Deutschland erzeugten Lebensmittel schon lange nicht mehr aus, um die heimische Bevölkerung gesichert ernähren zu können.

So werden mittlerweile jedes Jahr mehrere hunderttausend Tonnen Milch mehr importiert als exportiert und dies zu Preisen, die bei uns, wegen der immer höher werdenden Auflagen, nicht möglich sind. Da der Verbraucher aber Deutsche Markenbutter möchte, hat die Politik kurzerhand beschlossen, dass Milch, welche im Ausland (z.B. in Polen) zu dortigen Standards gemolken

und in Deutschland zu Butter verarbeitet wird, kurzerhand zu *Deutscher Markenbutter* werden darf.

Ähnlich verhält es sich mit Schweinefleisch. Inzwischen werden in Deutschland deutlich weniger Ferkel geboren als später Schweine geschlachtet. Dies kommt daher, dass die deutschen Bauern mit den hiesigen Auflagen nicht mehr genug Geld verdienen, um noch selbst Ferkel erzeugen zu können. Also werden kurzerhand die in Deutschland nicht mehr genutzten Stalleinrichtungen abgebaut und z.B. in Bulgarien wieder aufgebaut und die Ferkel dann nach Deutschland importiert.

Nach dem gleichen Muster wurde ja auch die Käfighaltung für Legehühner in Deutschland abgeschafft mit der Folge, dass Flüssig-Ei fast ausschließlich im Ausland in eben diesen Käfigen erzeugt und nach Deutschland importiert wird.

Daher wundert es auch nicht, dass alleine im Hamburger Hafen täglich fast 7.000 Seecontainer, prall gefüllt mit Lebensmitteln aus China, darunter ca. 282 Mio. Brötchenteiglinge, große Mengen Früchte für Joghurts oder Dosementomen, angelandet werden, um die LEH-Ketten billig mit Nahrungsmitteln zu versorgen - natürlich möglichst anonym, weil zu chinesischen Standards erzeugt. Im Gegenzug leistet sich die „chinesische Elite“ Lebensmittel aus Deutschland, da sie den im eigenen Land erzeugten Produkten nicht mehr vertraut.

Viele weitere Seecontainer mit Lebens- und Futtermittel aus aller Welt kommen über Rotterdam nach Deutschland und werden per LKW, Bahn und Binnenschiff in Deutschlands Süden transportiert, um die Versorgung sicherzustellen. Die Zahl der registrierten und damit zugelassenen Pestizide liegt in China bei rund 27.000! Zum Vergleich: In Deutschland gibt es ca. 1.000 zugelassene Mittel. Ein renommierter Hamburger Getreidehändler hat mir kürzlich versichert, dass es für ihn billiger ist, eine Tonne Weizen per Schiff aus der Ukraine nach Hamburg zu holen als deutschen Weizen, der in Schleswig-Holstein erzeugt wurde, per LKW-Ladung nach Hannover zu transportieren. >>>

Die Rolle der Aldis usw.

Aber zurück zur Überschrift und der Rolle, die die großen Lebensmittelketten dabei spielen. Die LEHs schreiben in sehr kurzen Abständen Liefermengen aus, meist für 2 -4 Monate. Dabei geben sie häufig auch die Lieferbedingungen und den sogenannten Zielpreiskorridor vor. Bestehende Lieferverträge werden auch schon mal während der Laufzeit des Vertrages aufgekündigt und neu ausgeschrieben, zuletzt vor einigen Tagen die Reduzierung des Butterpreises auf ca. 0,56 EUR/kg Markenbutter im Block. Dabei berufen Sie sich auf den ruinösen Wettbewerb am Markt, erzielen aber Jahr für Jahr Milliarden Gewinne mit steigender Tendenz. So wurden die „Aldis“ und die „Lidls“ die reichsten Deutschen überhaupt.

Wer als Lieferant nicht mitspielt, fliegt gnadenlos raus und wird oft mit einer befristeten oder gar dauerhaften Sperre belegt. Von dem Geld, welches die

LEHs den Verarbeitern (Bäcker, Mühlen, Herstellern von Fleisch- /



Wurstwaren etc.) bezahlen, bestreiten diese ihre Kosten und ihre Gewinnmarge.

Mit diesem Spiel werden die Bauern endgültig zu Restgeldempfängern, oft noch mit dem Hinweis, die Bauern bekämen doch staatliche Subventionen und sollten gefälligst versuchen, dort noch mehr herauszuholen! Hier kommt dann der Bauernverband wieder ins Spiel. Er verhandelt auf nationaler und auf EU-Ebene um den Erhalt oder gar

die Anhebung der Agrarsubventionen. Eigentlich handelt es sich bei den Subventionen aber um Ausgleichszahlungen, welche die Mehrkosten für unsere höheren Produktstandards und höhere Auflagen ausgleichen sollen. Die Ausgleichszahlungen sind also nicht dazu da, den Wettbewerb unter den LEHs aufzufangen.

Fazit:

Die Bauern können und wollen zukünftig nicht länger hochwertige und sichere Lebensmittel für einen „Nuller“ oder gar ein „Aufgeld“ erzeugen, nur weil sie den „eigentlich“ schönsten und wichtigsten Berufe der Welt ausüben dürfen. Ebenso wollen sie nicht länger als Prügelknabe der Nation behandelt werden. Wer unserer Einladung an den Tisch nicht folgen will, dem erlauben wir, uns in Zukunft auf die Sprünge zu helfen.

Pflegekräfte unzureichend honoriert

Claudia Haydt, Tübinger Landtagskandidatin der Linken

Stundenlöhne von 130 Euro für Ärzt*innen einerseits und nur 27,60 Euro für Pflegekräfte oder Rettungssanitäter*innen andererseits in den Impfzentren, das sehen die aktuellen Entlohnungskonditionen der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg vor.

Diese Entlohnung ist leider typisch für den Umgang mit dem nichtärztlichen Personal in der Pandemie: erst wird geklatscht, aber eine faire Entlohnung wird verweigert. Die Arbeit in den Impfzentren birgt ein hohes Risiko, und die Pflegefachkräfte sind sehr gut ausgebildet - diese Ungleichbehandlung ist nicht zu rechtfertigen.

Hier setzt sich das fort, was **DIE LINKE** schon seit Jahren kritisiert: **Pflegekräfte werden von der Landesregierung immer noch nicht ernst genommen**, dabei ist die Unterbezahlung der entscheidende Grund für den andauernden Pflegenotstand. Die Bezahlung im Impfzentrum ist dabei nur ein Beispiel aus der Pandemie. Es ist aber ein grundsätzliches Problem, dass die hohe

Verantwortung der Pflegenden im normalen Arbeitsalltag unzureichend honoriert wird. Ärzt*innen wie Pflegekräfte arbeiten – insbesondere in der Pandemie – unter extrem schwierigen und belastenden Bedingungen.

Diese Regelung zeigt, wie wichtig die Forderung der Partei **DIE LINKE** nach einem grundsätzlichen Systemwechsel hin zu einem solidarischen Gesundheitswesen ist.



Die 53-jährige Tübinger Soziologin **Claudia Haydt** (rechts) arbeitet derzeit als Landesgeschäftsführerin der

LINKE in Baden-Württemberg. Sie bringt Erfahrung auf allen politischen Ebenen mit: Sie war Gemeinderätin und Kreisrätin in Tübingen, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Landtags- und Bundestagsabgeordneten. Sie ist Mitglied im Parteivorstand der **LINKE** und im Vorstand der Europäischen Linken. Claudia Haydt ist in der Friedensbewegung aktiv, seit vielen Jahren ist sie Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung e.V. in Tübingen.

Ersatzkandidatin **Margrit Paal** (links) ist Veranstaltungstechnikerin und Personalratsvorsitzende an der Uni Tübingen. Sie ist in der Gewerkschaft ver.di und im DGB Kreisverband Tübingen aktiv. 2014 wurde sie erstmals für **DIE LINKE** in den Kreistag gewählt. Seit der letzten Kreistagswahl ist sie Fraktionsvorsitzende. Bereits bei der letzten Landtagswahl war Margrit Paal Ersatzkandidatin, damals von Bernhard Strasdeit.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Fünf gute Gründe für den Schlachthof in Rottenburg

Fair und regional Rottenburg

Lange Transportwege bedeuten Stress für unsere Tiere. Das mindert nicht nur die Fleischqualität, sondern fügt unseren Tieren unnötiges Leid zu. Kurze Transportwege schonen die Umwelt und entlasten das Verkehrsaufkommen.

Regionale Metzger und Direktvermarkter brauchen den ortsnahen Schlachthof um die Transparenz ihrer Produkte glaubwürdig darzustellen. Gerade Regionale Spezialitäten enthalten Bestandteile, wie Innereien, die in großen Schlachtbetrieben nicht mehr eindeutig einem bestimmten Tier zuordenbar sind. Regionale Schlachthöfe sind die Basis für kurze Transportwege und glaubwürdig regional erzeugte Lebensmittel, deren Herkunft für den Verbraucher nachvollziehbar ist.

Landwirtschaftliche Betriebe und Schäfereien sind auf einen ortsnahen Schlachthof angewiesen, der auch kleine Stückzahlen annimmt und das Tier zerlegt.

Die überwiegende Zahl der bedrohten Insekten ist auf Grünland als Lebens- und Entwicklungsraum angewiesen.



FAIR & REGIONAL

Die blütenreichen Halbtrocken- und Trockenwiesengebiete lassen sich nur mit Schafen oder Ziegen mit vertretbarem Aufwand aufrechterhalten. Möglich ist dies nur, wenn die notwendige Infrastruktur für diese Weidetiere vorhanden ist.

Über Jahrhunderte prägte die Landwirtschaft in Rottenburg die Landschaft. Kleine Äcker, Streuobstwiesen, kleine Weinberge und lange Spazierwege entlang von weidenden Tieren.

Diese Landschaft „erzählt“ Geschichten über die kulturelle Entwicklung der dort lebenden Menschen. Mit diesen individuellen, charakteristischen Eigenarten unterscheidet sich Rottenburg deutlich von vielen Städten. Das, was wir als „Heimat“ bezeichnen hat eine große Bedeutung für das Identitätsgefühl der Bevölkerung und wird gerne von unseren Stadtvätern für den Tourismus genutzt. Werden aber immer mehr landwirtschaftliche Betriebe zur Aufgabe gezwungen, wird sich dieses Landschaftsbild, das wir so sehr lieben, nicht mehr lange erhalten lassen.

Schlachthof: Die Rathauspitze bewegt sich – langsam!

Viele Fragen noch offensichtlich

Der von der Stadtverwaltung einberufene Bürgerrat hat zum ersten Mal getagt. Auch dies ein Zugeständnis der Rathauspitze, dass ein Rottenburger Schlachthof eine kommunale Angelegenheit ist und eine kommunale Lösung benötigt, einschließlich Gelände und Finanzierung. Denn nach wie vor besitzt der Schlachthof eine umfassende Betriebserlaubnis mit zahlreichen Genehmigungen.

So musste die Rathauspitze zwei wichtige Zugeständnisse machen:

Erstens darf der Pächter so lange weiter seinen Schlachtbetrieb offen halten, bis es eine Gesamtlösung gibt. Zweitens wird nach einer Lösung auf dem Gebiet der großen Kreisstadt Rottenburg – und nicht sonstwo – gesucht,

also kommt auch der bisherige Standort infrage. Für den Erhalt (und die Sanierung) des denkmalgeschützten Gebäudes ist die Stadt nach dem Landesdenkmalschutzgesetz ohnehin verpflichtet!

Es hat sich gelohnt!

Das öffentliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger (auch in den Gremien) für den Erhalt unseres Schlachthofs in Rottenburg hat sich gelohnt. Die Eröffnungsveranstaltung des Bürgerrats zum Thema Schlachthof war geprägt von einem meist sachlichen und umfassenden Informationsaustausch. Besonders erfreulich ist festzuhalten, dass keiner der drei Bürgermeister noch die Meinung vertrat, dass der Erhalt des Schlachthofs am jetzigen Standort teurer kommen müs-

se als ein Neubau. Auch der Begriff "Bestandsschutz" wurde von Herrn OB Neher sofort korrigiert in "bestandskräftige Genehmigung" für den Betrieb des Schlachthofs.

Für die letzte Frage, was denn für den bisherigen Standort spreche, blieb wohl zu wenig Kraft und Zeit in der Erwidmung. Die guten Gründe für den Erhalt des Schlacht- und Zerwirthofs Rottenburg in den Bestandsgebäuden finden Sie u.a. in den Leserbriefen von Martin Schaar und Peter Petersen vom 15.1.21 sowie zusammengefasst in der Stellungnahme auf der Homepage unserer Initiative für den Erhalt unter fair-und-regional.com.

Gastbeitrag von **Klaus Weber**
Rottenburg

Kurz und bündig

Reinfall mit Mehrwertsteuersenkung

Die befristete Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 17 Prozent von Juni bis Dezember 2020 hat zwar rund 20 Milliarden Euro gekostet, für die Mehrheit der Verbraucher aber nichts gebracht. Denn wer wenig Geld hat wie Millionen Hartz-IV-Bezieher und Geringverdiener, kann sich nicht mehr leisten. Dagegen konnten Großverdiener die Ermäßigung für teure Anschaffungen nutzen. Viele Geschäfte haben die Senkung erst gar nicht an die Kunden weitergegeben, sie einbehalten. Sinnvoller wären Direktzahlungen an Geringverdiener gewesen, die die Leidtragenden der Krisen-Kosten sind!

Wohnungsbau: WBR und Kreisbau investieren kräftig

Corona erfordert Sondermaßnahmen

Ob in der Mechthildstraße oder auf dem DHL-Gelände: Die vielen Baukräne verkünden die hohe Bautätigkeit der städtischen Wohnbaugesellschaft (WBR) und der Kreisbau in Rottenburg. Jahrelang hatte DIE LINKE im Gemeinderat für die Umwandlung des geplanten DHL-Gewerbegebietes in ein Wohngebiet (in städtischem Besitz) gekämpft, weil die Zahl der Personen mit Wohnberechtigungsschein in Rottenburg enorm hoch war.

Lange versuchte Fraktionsvorsitzender Horst Schuh (CDU), preiswerte Mietwohnungen als reinen „Konsumwunsch“ lächerlich zu machen, der nicht vom Steuerzahler finanziert werden sollte.

Jetzt errichtet die WBR, die zehn Jahre lang per Gemeinderatsbeschluss zum Neubau von mindestens 30 preiswerten Mietwohnungen verpflichtet ist, auf ihrem DHL-Areal 57 Wohneinheiten, eine Kita und eine Gewerbebeeinlichkeit.

Von den Wohnungen sind bereits elf vergeben, für die 46 freien gibt es noch 156 Interessierte. Das zeigt, wie groß der Wohnungsmangel in Rottenburg immer noch ist! Ursprünglich hatten sich 258 Personen mit Mietberechtigungsschein gemeldet, denn die Kaltmiete beträgt 6,70 Euro/m², 30 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete.

Zum 1. Juni dieses Jahres sollen die 57 Wohneinheiten bezugsfertig sein. Den überwiegenden Rest des DHL-Geländes hat die Instone Real Estate aus Essen erworben, um 400 Wohnungen zu errichten und dann an institutionelle Investoren weiterzuverkaufen. Trotzdem ist Instone auch zum preiswerten Mietwohnungsbau verpflichtet.

Auch in der Gebhard-Müller-Straße/ Kurt-Georg-Kiesinger Straße errichtet die WBR 30 neue Mietwohnungen mit einer oder zwei Gewerbebeeinheiten auf knapp 2.900 m². Das Gebäude erhält 53 Fahrradstellplätze und 36 Tiefgaragenplätze für Autos. Um die Wohnfläche zu vergrößern, ist Fußbodenheizung vorgesehen, Heizkörper fehlen. Für die Einhaltung des Effizienzhaus-Standards 55 erhält die WBR Zuschüs-

se aus dem KfW-Programm.

Bei Gesamtkosten von 6,3 Mio. Euro (Boden- und Baukosten) liegt der Quadratmeterpreis bei 3.400 Euro. Um



günstige Mieten zu ermöglichen, werden die Wohnungen ohne Küche übergeben. Auf Nachfrage von Stadtrat Emanuel Peter (**DIE LINKE**) sicherte WBR-Chef Derbogen zu, dass auch dort die Hälfte im preiswerten Mietwohnungsbau entstehen, sogar in Holz-Hybrid-Bauweise.

In der Sofien-/ Sprollstraße wird ein Altbau mit 12 Mietwohnungen für rund 3,3 Mio. Euro grundsaniert und erhält neben einer neuen Pellet-Heizung auch Bodenbeläge und Versorgungsleitungen, aber keinen Aufzug. Nur die Wohnungen im Erdgeschoss sind barrierefrei. Während der Sanierung erhalten die Mieter eine Ersatzwohnung in den Neubauten auf dem DHL-Gelände.

Aktive Kreisbau

Außer einem WBR-Neubau mit 25 Wohneinheiten in der Sülchenstraße neben der Narrenzunft saniert die Kreisbau des Landkreises ein komplettes Wohnhaus in der Mechthildstraße 1, das bis 2009 der Stadt gehörte. Es stammt aus den 60er Jahren und hatte noch eine gesundheitsschädliche Asbestfassade, die als Sondermüll kostspielig entsorgt werden muss. Auch Leitungen für Elektrik und Sanitäres mussten zusammen mit Fenstern, Türen und Fußböden zusammen mit einem neuen Aufzug für 5,4 Mio. Euro völlig erneuert werden. Eine neue Dachetage mit drei Wohnungen bringt den Bau auf 20 Wohnungen mit insgesamt 1.800 Quadratmetern Wohnfläche.

In diesem Gebäude - Ende 2021 bezugsfertig - bietet die Kreisbau keine preisgünstigen Wohnungen an, sondern verlangt 9,60 Euro m². 2022 will sie mit einem Neubau für 35 Mietwoh-

nungen in der Saint-Claude-Straße beginnen. Insgesamt verfügt die Kreisbau im Landkreis über 2.200 Mietwohnungen, 70 Prozent sind öffentlich gefördert, ca. 300 Wohnungen befinden sich in Rottenburg, obwohl die Stadt einer der kleinsten kommunalen Anteilseigner der Kreisbau ist.

Diese unvollständige Übersicht zeigt, wie richtig die Gründung der Wohnbaugesellschaft war: Sie ermöglicht preiswerten Mietwohnungsbau unter demokratischer Kontrolle und mindert Spekulationsgewinne von Miethaien, das Mietpreinsniveau für alle sinkt, mehr Personen mit Wohnberechtigungsschein erhalten eine bezahlbare Wohnung, und Rottenburg hat mit der WBR und ihrem Immobilienbesitz ein „Sparschwein“ für Notzeiten.

Sondermaßnahmen erforderlich

Die Kommunen sind gesetzlich für die Unterbringung von Obdachlosen zuständig. Unter Bedingungen der Corona-Pandemie heißt dies: Schon aus gesundheitlichen Gründen (Infektionsschutz, Hygiene) sind Sammelunterkünfte oder Nutzung eines Bades durch mehrere Parteien strikt verboten. Obdachlose, Geflüchtete und Frauen, die gewaltgefährdet sind, benötigen eine Einzelunterbringung. In Pensionen und Hotels stehen aktuell genügend Zimmer leer! Zur Unterbringung gehört auch eine aufsuchende Sozialbetreuung für diese Personen, denen es häufig an Geld für eine warme Mahlzeit, für Medikamente, selbst für einen Mundschutz fehlt.

All das zusammen mit Fragen der Finanzierung muss ausführlich vom Gemeinderat und seinen Ausschüssen besprochen werden. Umso unverständlicher ist es, dass ausgerechnet jetzt bis Mitte März keine Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses mehr stattfinden soll. Wer hält da einen Winterschlaf???



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

AHA-L-A

Das Mantra zur Befreiung

Wie jedes seriöse Medium wenden auch wir uns zu Beginn des Jahres mit den besten Wünschen und Ratsschlägern an unser Publikum. Unsere weiblich Leser bitten ich zu entschuldigen, dass ich nur die männliche Form verwende, mir aber dieses Mangels voll bewusst bin.

Liebe

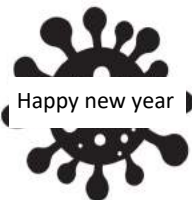
Impfgegner, Verschwörungserzähler, Coronaleugner, Extreme von links und rechts und der Mitte, Querfrontler, Erleuchtete, Empörte, Besserwisser, Bescheuerte, rücksichtslose Kleinbürger, Esoteriker, asoziale Hedonisten, Systemgegner ...
(Wählt einfach aus, wie Ihr angesprochen werden möchtet oder ergänzt einfach.)

Das neue Jahr möge Euch all das bringen, was Euch im letzten verboten wurde, obzwar vieles, was uns untersagt wurde, nur mit Behauptungen, Vermutung und wenig mit überprüfbar Zahlen belegt war.

Verliert trotzdem nicht den Glauben an gute, dem Bürger zugewandte Politik. Falls ihr trotzdem zweifelt, dann denkt an Euren beschränkten Horizont und vergesst nicht, was ein Sprecher des Kultusministeriums (SWP 26.01.2021) von sich gab: „Die Politik muss immer das Ganze in den Blick nehmen.“

Befreit Euch von Verschwörungsfantasien, Realitätsverweigerung, Wissenschaftsfeindlichkeit. Glaubte einfach daran, dass „die Politik“ immer das Gute will.

Polte Euch um auf verantwortungsbewussten Krisenmodus. Murmelt nicht das Mantra OM-MANI-PADME-HUM sondern immer AHA-L-A (Abstand halten, Hygiene beachten, Alltagsmaske tragen, regelmäßiges Lüften und die Corona-Warn-App nutzen).



Übernehmt alle Schuld an der jetzigen Situation und schiebt sie nicht den Chinesen zu. Geht einfach in Sack und Maske (FFP2!). Sagt Eurem Gegenüber, dass Ihr gerade lächelt oder skeptisch die Mundwinkel nach unten zieht oder ihm die Zungen herausstreckt. Gebt Eurer Maske zumindest einen verbalen Gesichtsausdruck.

Schalter Euer Leben auf Sparflamme. Bleibt zu Hause. Verriegelt die Türen. Esst und trinkt wenig, damit ihr seltener Einkaufen gehen müsst, andere nicht ansteckt oder angesteckt werdet. Versucht es mit einer 000 - Diät. Atmet flacher. Je weniger vervirte Luft Ihr

einsaugt, desto weniger Viren tummeln sich in Euch innendrin. Reißt die Fenster auf, damit sich die verseuchte Innenluft mit der sauberen Außenluft verdünnt. Überlegt, wen ihr in Eurem Testament bedenkt bzw. nicht zu bedenken gedenkt. Besorgt Euch die Telefonnummer eines Bestatters und gebt sie an Anverwandte und Freunde weiter. Und schließlich fangt an, Eure Memoiren zu schreiben. Blättert dazu in alten Fotoalben oder Fotobüchern. Schwelgt in Erinnerungen an wunderschöne Orte, Erlebnisse und Begegnungen. Träumt von der alten Normalität. Dies wird Euch Erleichterung verschaffen.

Hoffentlich werdet Ihr nicht Opfer von Schmä- und Diffamierungskampagnen. Seid gelassen, entspannt, zuversichtlich, aber auch kritisch und aufmüpfig. Kurz: aufgeklärte, mündige Bürger, keine Duckmäuser und Frömmeler ...

Und nicht vergessen: Der kleine, stetige (Widerstands-) Tropfen höhlt den (Corona-Maßnahmen-) Stein. Verliert nicht den Mut. Prüft aufmerksam und kritisch, was Euch aufgetischt wird. Lest die Zutatenliste.

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von **DIE LINKE** auf dem Metzelpfad - wenn erlaubt - wird noch bekanntgegeben.

Bedingt durch die Corona-Maßnahmen **entfällt:**
Kommunalpolitischer Arbeitskreis **DIE LINKE** Rottenburg

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Märzangabe: 20. Februar 2021



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg